



Inhaltsverzeichnis

19.07.2025	Süddeutsche Zeitung München Landkreis: Castor-Transport nach Ahaus rückt näher	3
18.07.2025	SW1.News: Aktionsbündnis gegen Atomkraft: Zweifel an Schacht Konrad	5
18.07.2025	Berliner-Zeitung.de: Merz gegen alle: Atomkraft-Streit in der EU spitzt sich zu	6

Castor-Transport nach Ahaus rückt näher

Nachdem das zuständige Bundesamt eine Genehmigung in Aussicht gestellt hat, könnten abgebrannte Brennelementen aus hoch angereichertem Uran von Garching ins Zwischenlager gebracht werden. Umweltschützer kritisieren die Pläne.

Der Forschungsreaktor München II, kurz FRM II, auf dem Gelände der TU München in Garching steht seit März 2020 still. Durch das Strahlrohr der Forschungs-Neutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz fliegen keine Neutronen, Forschende müssen sich seit fünf Jahren gedulden, sich um Plätze bei anderen Neutronenquellen in Europa bemühen oder auf andere Testwege umsteigen. Nun aber könnte Bewegung in die Sache kommen, zumindest auf der einen Seite des Prozesses. Die für Atommülllagerung zuständige bundesdeutsche Behörde, das deutsche Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), hat jüngst in Aussicht gestellt, dass die radioaktiven Abfälle aus dem Forschungsreaktor der TU München bald aus Garching in das vorgesehene Zwischenlager gebracht werden könnten.

Für Reaktorbetreiber und Forschende ist das eine gute Nachricht, denn das Abklingbecken in Garching ist fast voll. Umweltschützer hingegen warnen vor möglichen Gefahren eines Transports von Brennelementen mit hoch angereichertem Uran über 700 Kilometer von Bayern nach Nordrhein-Westfalen, gerade in Zeiten, in denen das Thema Atom neue Brisanz gewinnt. Und auch beim Zwischenlager im nordrhein-westfälischen Ahaus sind die Menschen nicht begeistert von den Neuigkeiten.

Bisher lagern die 48 Brennelemente, die seit der Inbetriebnahme des FRM II im Jahr 2004 angefallen sind, im Abklingbecken des Reaktors in Garching. Doch das fasst nur 50 Elemente, es ist also fast voll. Wenn das BASE nun wie angekündigt seine umfassenden Prüfungen abschließt und nach Abstimmung mit den zuständigen Landesbehörden tatsächlich zeitnah den Abtrans-

port von bis zu zehn verbrauchten Garchinger Brennelementen ins Zwischenlager Ahaus genehmigt, würde der FRM II wieder dringend benötigten Platz gewinnen. Das ist auch Voraussetzung dafür, den Forschungsreaktor weiterbetreiben zu können. Der Zyklus eines Brennelements im Reaktor umfasst etwa 60 Tage, danach muss ein neues eingesetzt werden. Bislang liegt die Genehmigung in Garching nicht auf dem Tisch. „Wir hoffen aber, dass sie bald kommt“, sagt Andrea Voith, Sprecherin des FRM II.

Ganz anders sehen das Umweltschützer. „Atomtransporte bieten eine unnötige Angriffsfläche und erhöhen die Gefahr eines möglichen Missbrauchs des Urans“, sagt der Physiker Hauke Doerk von der Umweltorganisation Umweltinstitut München. Er kritisiert die Pläne für einen Transport der radioaktiven Abfälle aus dem Forschungsreaktor ins gut 700 Kilometer entfernte Zwischenlager in Nordrhein-Westfalen insbesondere deshalb, weil der FRM II mit Brennelementen aus besonders hoch angereichertem Uran arbeitet. Das unterscheidet den Atom Müll aus dem FRM II in Garching von solchem aus anderen Atomreaktoren wie etwa dem früheren Versuchsreaktor in Jülich, Nordrhein-Westfalen, dessen Atomabfälle ebenfalls in Ahaus eingelagert werden sollen. Die Brennelemente mit hoch angereichertem Uran betrachten Kritiker auch im abgebrannten Zustand als potenziell atomwaffenfähig; sie befürchten die Möglichkeit eines Missbrauchs, sollte das Uran entwendet werden. Die Reaktorbetreiber weisen diese Vorwürfe seit Jahren zurück und argumentieren, das Uran in den Garchinger Brennelementen liege in einer intermetallischen Verbindung vor und könnte nur in einem hochkomplexen Prozess aus-

gelöst werden. Kritiker beruhigt das nicht. Statt es über viele hundert Kilometer quer durch Deutschland zu transportieren, müsse das Uran vor Ort verdünnt und damit entschärft werden, fordert Doerk.

Die Fraktion der Grünen im bayerischen Landtag kündigt an, eine Anfrage an die Staatsregierung zu stellen, um Details zu den geplanten Transporten zu erhalten. „Der Transport ist gefährlich, irre aufwendig und momentan völlig unnötig“, kritisiert die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Claudia Köhler. Eine Umlagerung des Garchinger Atom Mülls bringe für das wesentliche Problem, die ungelöste Endlagerfrage in Deutschland, gar nichts, sie verlagere das Problem lediglich an einen anderen Ort.

Köhlers Fraktionskollege Markus Büchler aus Oberschleißheim fordert, den Garchinger Reaktor so lange stillstehen zu lassen, bis ein niedrig angereicherter Brennstoff entwickelt ist. „Der Reaktor steht schon seit fünf Jahren still. Da pressiert es jetzt auch nicht mehr“, so Büchler.

Dass der FRM II bereits seit fünf Jahren nicht in Betrieb ist, hat mehrere Gründe. Zunächst behinderten Sicherheitsvorschriften während der Corona-Pandemie das Arbeiten, sodass der Reaktor Anfang 2020 heruntergefahren wurde. In Folge wurden nach einer Panne im Mai 2020, bei der radioaktives C-14 ausgetreten war, Reparaturen sowie Wartungsarbeiten am Reaktor nötig. Im Fokus der Arbeiten steht seit etwa zwei Jahren der sogenannte Zentralkanal, ein Rohr, welches das Brennelement mit dem radioaktiven Brennstoff in Position hält. Diesen auszutauschen gestaltet sich schwierig, weil die Firma,

die ihn einst gebaut hat, nicht mehr zur Verfügung steht.

So mussten neue Hersteller für dieses Spezialgebiet gefunden werden, die wiederum besondere Zertifizierungen benötigen, um Werkstücke für Atomanlagen fertigen zu dürfen, was zu zusätzlichen Verzögerungen geführt hat. Nun aber sehen sich die Betreiber auf einem guten Weg. Sie sei „optimistisch“, dass der Reaktor bald wieder anfahren könne, sagt FRM II-Sprecherin Andrea Voith. Im laufenden Jahr 2025 sei aber entgegen früherer Ankündigungen nicht mehr damit zu rechnen.

Eine Bürgerinitiative in Ahaus kündigt Proteste an

Parallel arbeitet eine Forschergruppe weiter an der Entwicklung eines seit Langem geforderten neuen Brennstoffs für den FRM II. Dieser soll mit niedrig angereichertem Uran funktionieren, dabei aber die Leistungsfähigkeit des Forschungsreaktors nicht vermindern. Anfang 2025 erst hatte die TU bekannt gegeben, dass das bayerische Wissenschaftsministerium und das Bundesforschungsministerium die Ent-

wicklung mit insgesamt 5,2 Millionen Euro bis zum Jahr 2027 fördern. Es wurden bereits Verträge mit dem französischen Hersteller Framatome geschlossen, der die neuen Brennelemente fertigen wird.

Bis Ende 2025 solle ein Genehmigungsantrag für die neuen Brennelemente im FRM II beim bayerischen Umweltministerium stellen, erklärt Sprecherin Voith. Dann beginnt das Genehmigungsverfahren, das sich voraussichtlich mehrere Jahre hinziehen wird. Die endgültige Umrüstung des FRM II auf einen Betrieb mit niedrig angereichertem Uran ist erst nach 2030 zu erwarten. Bis dahin soll der Forschungsreaktor nach dem Willen der Betreiber freilich längst wieder laufen – und auch die abgebrannten Elemente aus dem FRM II in das Zwischenlager Ahaus verbracht sein. Sollten die nötigen behördlichen Genehmigungen für die Aufbewahrung in Ahaus sowie für den Transport dorthin noch in diesem Jahr in Garching eintreffen, wäre man am Reaktor bereit für einen Transport, sagt Voith.

Die verkehrsrechtliche Zulassung für den Castor-Behälter liegt seit 2019 vor. Jeder Behälter fasst bis zu fünf Brennelemente. Jeder Castor wird auf einen

Spezialtransporter geladen. In der ausstehenden Genehmigung geht es um zwei Transporte, also maximal zehn Brennelemente. Im Jahr 2021 haben die Mitarbeiter des FRM II in einem Funktionstest erfolgreich die Vorbereitung eines Transports simuliert.

Dennoch dürfte es auch mit vorliegender Genehmigung noch einige Vorbereitungen brauchen, bevor sich ein Castortransport aus Garching wirklich in Bewegung setzt. Einerseits sind die beteiligten Behörden, allen voran die Polizei, gefragt. Nicht zuletzt wollen auch die Ahauser noch ein Wörtchen mitreden. Am Standort des Zwischenlagers hat sich eine rege Bürgerinitiative organisiert, die sich seit Jahren gegen die Einlagerung weiteren Atom Mülls stark macht.

„Wir werden auf jeden Fall gegen den Transport opponieren“, kündigt Hartmut Liebermann von der BI an. Auch die Stadt Ahaus könnte sich noch einschalten. Gegen die Einlagerung von Castoren mit Atomabfällen aus Jülich hatte die Kommune geklagt; die Klage hat das Oberverwaltungsgericht Münster jedoch im Dezember 2024 abgewiesen.

Wörter: 1.154
Autor/-in: Von Irmengard Gnau
Seite: 67 bis 67
Rubrik: LANDKREIS MÜNCHEN
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Nummer: 164
Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage: 2.664 (gedruckt)¹
3.147 (verkauft)¹
3.325 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,0095 (in Mio)²

¹ IVW 1/2025

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 SW1.News

Aktionsbündnis gegen Atomkraft: Zweifel an Schacht Konrad

18. Juli 2025 18:26 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

GRAFENRHEINFELD – Beim Besuch des Gemeinderats in der Anlage „Schacht Konrad“, die künftig als **Endlager** für rund 303.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiver Abfälle aus deutschen **Atomkraftwerken** dienen soll, wurde ein wesentlicher Aspekt in der öffentlichen Darstellung bislang nicht thematisiert: die sogenannten „Gehobene wasserrechtliche Erlaubnis“ (GwE), die das Land Niedersachsen bereits im Jahr 2002 erteilte. Diese schreibt klare Grenzwerte und Auflagen vor, um das Trink- und Grundwasser sowohl vor radioaktiven als auch vor nicht-radioaktiven, wassergefährdenden Stoffen zu schützen.

Im Oktober 2024 wurde bekannt, dass derzeit keine geeigneten Behälter für die Einlagerung existieren, die sowohl den gültigen **Endlagerbedingungen** als auch der GwE gerecht werden. Dies stellt ein grundlegendes Problem für den weiteren Ausbau und den späteren Betrieb des **Endlagers** dar.

Angesichts dieser Situation reichten die Umweltverbände BUND und NABU im selben Monat Klage auf Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses ein. Unterstützung erhalten sie vom „Bündnis Salzgitter“, das sich aus der Stadt Salzgitter, der IG Metall Salzgitter-Peine, dem Landvolk Braunschweiger Land sowie der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD zusammensetzt. Das Bündnis fordert einen sofortigen Baustopp und ein neues, transparentes Suchverfahren für ein geeignetes **Endlager**, das sämtliche Anforderungen an Sicherheit und Umweltschutz erfüllt.

Bisher wurden etwa vier Milliarden Euro in den Ausbau von Schacht Konrad investiert – ein erheblicher Teil davon stammt aus öffentlichen Mitteln. Dennoch bleibt das Projekt umstritten: Experten gehen inzwischen davon aus, dass die tatsächliche Menge an schwach- und mittelradioaktiven Abfällen rund 600.000 Kubikmeter betragen wird – also etwa das Doppelte der geplanten Kapazität von Schacht Konrad.

Im April dieses Jahres berichteten BR und NDR unter Berufung auf zwei interne Dokumente, dass sich das Projekt deutlich verzögern oder sogar scheitern könnte. Die Verfasser der Berichte zogen das ernüchternde Fazit: „Konrad“ drohe zu einem Milliardengrab zu werden.

Trotz dieser Entwicklungen hält die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) weiterhin an ihrem Fahrplan fest, wonach die Einlagerung Anfang der 2030er-Jahre beginnen soll. Doch die Zweifel, ob dieser Zeitplan realistisch ist – und ob Abfälle aus dem Betrieb des AKW Grafenrheinfeld tatsächlich jemals dort eingelagert werden können – nehmen stetig zu.



Die EU will in ihrem Haushalt bis 2034 Atomkraft fördern. Ein Teil der Merz-Regierung lehnt den Plan ab. Es droht ein langwieriger Streit.

Merz gegen alle: Atomkraft-Streit in der EU spitzt sich zu

Die EU will in ihrem Haushalt bis 2034 Atomkraft fördern. Ein Teil der Merz-Regierung lehnt den Plan ab. Es droht ein langwieriger Streit.

Die [EU-Kommission](#) möchte einen Teil ihres vorgeschlagenen Haushalts von zwei Billionen Euro für den Zeitraum 2028 bis 2034 für die Kernenergie öffnen. Deutschland lehnte diesen Vorschlag umgehend ab. Zwar signalisierte Kanzler [Friedrich Merz \(CDU\)](#) Anfang des Jahres im Wahlkampf, Berlin werde keine Einwände mehr gegen eine Gleichstellung der [Atomkraft](#) mit erneuerbaren Energien in der EU-Politik erheben. Diese Dynamik scheint sich jedoch geändert zu haben.

„Deutschland lehnt jegliche Subventionierung der Atomenergie aus dem EU-Haushalt ab“, sagte Merz' Umweltminister [Carsten Schneider \(SPD\)](#) am Donnerstag und fügte hinzu, [Berlin](#) respektiere die Entscheidung anderer Länder, Reaktoren zu bauen. Dieser Respekt bedeute aber auch, für diesen „teuren Weg“ keine EU-Mittel in Anspruch zu nehmen, die zu einem Viertel aus deutschen Steuergeldern finanziert werden. In Europa droht ein neuer Energiestreit. Wie steht Wirtschaftsministerin [Katharina Reiche \(CDU\)](#) dazu?

Wirtschaftsministerium hält sich zum Atomplan der EU bedeckt

Die [Bundesregierung](#) werde die EU-Vorschläge nun „im Detail prüfen“, teilt das [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie \(BMWE\)](#) auf Anfrage der Berliner Zeitung mit. Kommentieren will man den Vorstoß nicht. „Hierzu werden wir uns auch innerhalb der Bundesregierung wie üblich abstimmen.“ Dabei hat Merz den EU-Haushaltsentwurf längst abgelehnt.

Deutschland finanziere bereits rund ein Viertel des europäischen Haushaltes, sodass die Möglichkeiten „sehr begrenzt“ seien, sagte Merz am Freitag in seiner Sommerpressekonferenz in Berlin. Mit Blick auf den EU-Finanzrahmen von 2028 bis 2034 sagte Merz, er sei schon lange der Meinung, dass die [EU](#) in der längeren Perspektive „mehr Eigenmittel“ aus anderen Quellen braucht. Der Kanzler schiebt den EU-Haushalt erst mal auf die lange Bank. Ist man sich uneinig?

Der aktuelle EU-Haushalt verbietet den Mitgliedstaaten bis 2028 ausdrücklich, mit ihrem Milliarden-Anteil aus dem Regionalentwicklungsfonds [Atomkraftwerke](#) zu bauen. Allerdings sieht der Haushalt begrenzte Mittel für die Atomforschung und die Stilllegung alter Reaktoren vor.

Frankreich und Schweden wollen EU-Mittel für Kernenergie

Die Pro-Atomkraft-Staaten in der [EU](#) hoffen hingegen auf die Fördermittel. Das Energieministerium in Frankreich reagierte zunächst nicht auf eine Bitte um Stellungnahme der Nachrichtenagentur Reuters. Die schwedische Energieministerin Ebba Busch lehnte eine Stellungnahme ab. Der Haushaltsvorschlag der Kommission dürfte in jahrelange intensive Verhandlungen zwischen den EU-Staaten gehen. Alle müssen ihm am Ende zustimmen.

Länder wie [Dänemark](#) und [Italien](#) signalisierten eine Abkehr von ihrer bisherigen Haltung gegen die Atomkraft. Einige EU-Diplomaten sagten Reuters

jedoch, dass diese Abschwächung der Positionen nicht unbedingt eine volle Unterstützung der EU-Finanzierung bedeutet. „Es besteht keine Chance, dass EU-Gelder in neue Atomkraftwerke fließen“, sagte ein Diplomat eines EU-Landes.

Rückbau der Atomkraft in Deutschland geht schleppend voran

Seine Atomvergangenheit wird Deutschland vermutlich erst in mehreren Jahrzehnten abgeschlossen haben. Das Kernkraftwerk in Rheinsberg ging 1966 in der ehemaligen DDR in Betrieb und war das erste Atomkraftwerk auf deutschem Boden. [Seit 30 Jahren wird es zurückgebaut](#). Auch nach so langer Zeit gibt es noch eine Menge radioaktiv belasteter Teile. Reaktor und Brennstoff warten seit 2007 im Zwischenlager in Lubmin auf ein Endlager.

Was ist oberflächlich kontaminiert? Was ist durch die Bestrahlung selbst radioaktiv geworden? Fragen, die die Projektmanager täglich beschäftigen, [die Berliner Zeitung berichtete](#). Alles muss voneinander getrennt, manche Bruchstücke müssen auf Tausende Jahre unter der Erde deponiert werden – eine Aufgabe für Generationen. Neben Rheinsberg befinden sich noch 27 weitere Kernkraftwerke in der Abschaltungs- oder Rückbauphase. Einen Wiedereinstieg hält auch die neue Bundesregierung nicht mehr für sinnvoll.

„Selbst [Russland](#), das nach wie vor verstärkt an Atomenergie festhält, verzeichnete 2024 mengenmäßig einen Rückgang an Atomenergienutzung“,

sagt die energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Nina Scheer, auf Anfrage. Mit einer positiven Erneuerbaren-Bilanz sei es China erstmals gelungen, CO₂-Minderung und Wirtschaftswachstum zu kombinieren. „Es wäre rückwärtsgewandt, diese international klaren Fakten zu ignorieren.“

Forschungsministerin Dorothee Bär will Fusionsenergie in Deutschland

Bei vielen Zukunftstechnologien soll aus Sicht der Merz-Regierung künftig wieder „made in Germany“ gelten. Der Entwurf der neuen Hightech-Agenda liegt der Berliner Zeitung vor. Mehr als fünf Milliarden Euro will der Bund investieren, um in sechs Schlüsselbereichen zu forschen, Produkte zu entwickeln und weltweit erfolgreich zu verkaufen. Den Arbeitsauftrag dazu hat Forschungsministerin Dorothee Bär (CSU). Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, Mikroelektronik, Biotechnologie, Technologien für klimaneutrale Mobilität sowie Fusion und klimaneutrale Energieerzeugung mit Wind, Solar und Batterien stehen drin.

In der Kernfusion hat Deutschland mit Proxima Fusion eines der weltweit vielversprechendsten Unterneh-

men vorzuweisen. Kernfusion soll vollkommen klimaneutrale Energieerzeugung ermöglichen und wird als bestmögliche Lösung des Klimawandels gehandelt. Während Kernkraft durch die Spaltung von Atomkernen Energie erzeugt, dabei radioaktive Abfälle produziert und die Gefahr schwerer Unfälle birgt, wird bei der Kernfusion Energie durch das Zusammenführen von kleinen und größeren Atomkernen gewonnen.

Das sei ungefährlich für die Umwelt, sagen ihre Befürworter. Kritiker behaupten jedoch, dass die kommerzielle Nutzung von Fusionskraftwerken in jahrzehnteweiter Ferne liege. Die Technologie sei teuer und Material- und Strahlungsprobleme seien nach wie vor ungelöst.

EU-Haushalt sieht „neue oder zusätzliche Kernspaltungsenergiekapazitäten“ vor

In einem Anhang zu ihrem am Mittwoch veröffentlichten Mammut-Haushaltsentwurf hat die EU-Kommission die Kernenergie als möglichen Weg aufgeführt. Demnach sollen Länder den Ausbau über ihren nationalen Anteil am Haushalt finanzieren können – und zwar konkret „neue oder zusätzliche

Kernspaltungsenergiekapazitäten in Gigawatt“. Im Rahmen dieser nationalen Ausgabenpläne stehen EU-Mittel in Höhe von rund 865 Milliarden Euro zur Verfügung. Dieser Schritt wäre ein grundlegender Wandel für die EU, deren derzeitiger Haushalt keine Finanzierung konventioneller Atomkraftwerke vorsieht.

Europa kann sich nicht auf eine gemeinsame Strategie einigen. Der Haushalt ist ein Spiegelbild eines langjährigen Konflikts zwischen atomkraftfreundlichen EU-Mitgliedern wie Frankreich und Schweden und traditionell atomkraftfeindlichen Ländern wie Deutschland und Österreich. Die EU-Länder liegen schon seit langem hinsichtlich der Frage im Streit, ob sie zur Reduzierung der CO₂-Emissionen die Atomkraft fördern sollen. Dieser Streit verzögert die Politikgestaltung in den Bereichen Klimawandel und Energie in der Union. Unter Kanzler Scholz war es der Ausbau des europäischen Wasserstoffnetzes, der unter dem Atom-Streit zwischen Deutschland und Frankreich gelitten hatte.

Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns gern! briefe@berliner-zeitung.de

Wörter:	981	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Lukas Kuite	Ausgabe:	Einzelausgabe
Rubrik:	Politik	Visits (VpD):	115.841 ¹
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/energiestreit-eu-will-atomkraft-deutschland-kernfusion-merz-heikler-weg-li.2340681		